

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt
Pommereller Tageblatt

Bezugspreis: Bolen und Danzig: In den Ausgabeorten und Filialen monatl. 3.50 Zl. mit Zustellgeld 3.80 Zl. Bei Postbezug monatl. 3.89 Zl. vierteljährlich 11.66 Zl. Unter Streifenband monatl. 7.50 Zl. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Bolen und Danzig die einspaltige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50%, Ausschlag. — Bei Platzvorrückst u. schwächerem Satz 50%, Ausschlag. — Abbeilellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Bolen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 261

Bydgoszcz/Bromberg, Mittwoch, 16. November 1938

62. Jahrg.

Worauf hofft Polen?

Die gemeinsame Grenze mit Ungarn ist noch nicht aufgegeben.

(Sonderbericht der „Deutschen Rundschau in Polen“.)

Warschau, den 16. November.

Nach der Erklärung des ungarischen Außenministers von Ranya vor dem Budapest Parlament, daß die ethnographischen Forderungen Ungarns an die Tschechoslowakei durch den Wiener Schiedsspruch zu 90 Prozent erfüllt seien, kann kein Zweifel sein, daß die durch das Reich eingeleitete Wiedergutmachung des bei der Begründung des ungarischen Staatsgebildes begangenen Unrechts nach dem Nationalitäten-Prinzip ihren Abschluß gefunden hat. Die beschleunigte Vorbereitung der Wahl des Staatspräsidenten der neuen Tschecho-Slowakei, die bis zur endgültigen Feststellung des Staatsgebietes entsprechend den in München aufgestellten Grundsätzen aufgeschoben worden war, entspringt offensichtlich dem Wunsche der Prager Regierung, diesem Stand der Entwicklung möglichst schnell einen äußeren Ausdruck zu geben.

Andererseits kann es aber dem aufmerksamen Beobachter der polnischen Politik nicht entgehen, daß man in Warschau in diesem Abschluß der Münchener Aktion nur eine Etappe auf dem Wege zur dauernden Stabilisierung der Verhältnisse in Mitteleuropa sehen möchte. Es wird jede Gelegenheit benützt, um darzutun, daß erst die Wiederherstellung der historischen polnisch-ungarischen Grenze als endgültiger Erfolg der an der Olsa begonnenen aktiven Südpolitik Polens angesehen werden könne. Da man sich beeilt hat, durch die Grenzfestsetzung am 1. November den eigenen territorialen Ansprüchen ein Ziel zu setzen, das hinter den weiterschweifenden Erwartungen eines Teiles der polnischen Öffentlichkeit erheblich zurückbleibt, muß in der Fortsetzung der Bemühungen um den Anschluß der Karpato-Ukraine an Ungarn der Versuch erblidit werden, das Münchener ethnographische Prinzip zu verlassen und an seiner Stelle, nachdem es für die Wiedererlangung des Olsa-Gebietes und der übrigen Abrundungen an der Südgrenze seine guten Dienste geleistet hat, eine neue Auslegung des Versailler Selbstbestimmungsrechtes zu proklamieren.

In München und in Wien haben Deutschland und Italien als die im Donauraum unmittelbar interessierten Mächte sich strikt an die vorhandenen statistischen Unterlagen gehalten, und selbst die sehr weitgehenden Zugeständnisse an Ungarn konnten mit dem Vorkriegs-Verhältnis der Nationalitäten in den ostslowakischen und karpato-ruthenischen Städten ausreichend objektiv begründet werden. Nicht die objektive Feststellung der nationalen Zugehörigkeit, gegen die man sich aus mancherlei Gründen sträubt, sondern nur die subjektive Willensäußerung der, wie es heißt, national nicht genügend ausgeprägten bodenkundigen Bevölkerung soll die nochmalige Änderung der Münchener Grenzen der Tschechoslowakei begründen. In der Zuteilung aller wichtigen Mittelpunkte der Karpato-Ukraine an Ungarn durch den Wiener Schiedsspruch sieht man die große Chance für eine selbständige weitere Aktion, für welche die Aöhen-Mächte nicht mehr die Verantwortung übernehmen, die sie aber, so hofft man, auch nicht verhindern wollen. Andernfalls hätte man nach Warschauer Meinung bestimmt Mittel und Wege gefunden, um wenigstens eine der karpato-ukrainischen Städte Ungarn vorzuenthalten.

Der konservative „Gaz“ zeichnet in einem aufschlußreichen Eigenbericht aus Rom ein Bild der italienischen Einstellung zur karpato-ukrainischen Frage, das dieser Warschauer Konzeption weitgehend entspricht. Das Blatt weist daraufhin, daß die Haltung Roms von der Triester Rede Mussolinis bis zu den letzten Äußerungen der offiziellen „Relazioni Internazionali“ eine deutliche Entwicklung durchgemacht habe, für die nicht so sehr das Deutsche Reich, als vielmehr die ungarische Politik des Zögerns verantwortlich zu machen sei. Den günstigen Augenblick, da in der Karpato-Ukraine kaum ein tschechischer Soldat gestanden habe, habe man in Budapest verpaßt und sich mit unaufhörlichen Noten und Gegen-Noten, mit Protesten und diplomatischen Vorstellungen an der Prager Adresse gehalten. Die „Relazioni Internazionali“ formulierten in ihrer letzten Nummer den italienischen Standpunkt mit aller Vorsicht dahin, daß die in Wien festgestellten Grenzen im Augenblick für endgültig anzusehen seien. Der Gedanke an eine große Volksabstimmung auf karpato-ruthenischem Gebiet sei daher „aus einer ganzen Reihe von Gründen nicht aktuell“. Der Berichterstatter des „Gaz“ ergänzt diese Ausführungen des römischen Offizios aus angeblichen eigenen Informationen sehr weitgehend dahin, daß man trotzdem in Italien die Herstellung der gemeinsamen ungarisch-polnischen Grenze gern sähe und immer noch mit einer gewaltsamen Lösung der karpato-ukrainischen Frage in diesem Sinne rechne. Verschiedene Tatsachen, wie das persönliche Erscheinen des Reichsverwesers Gorthy in Ungarn (Uzhorod), die Verbreitung seiner Reden in ukrainischer Sprache, die fortdauernden schweren Unruhen und vor allem die offenkundige Unterstützung derartiger Pläne durch Polen (sein unzweideutig pro-ungarisches Standpunkt)

hätten Italien veranlaßt, das Problem der Grenzgarantie für die neue Tschechoslowakei aus dem Wiener Schiedsvertrag ganz und gar auszuschließen.

Die Darstellung des polnischen Standpunktes in der karpato-ukrainischen Frage wäre unvollständig, wenn sie nicht die innenpolitischen Konsequenzen einbegriffe, die sich aus einer derartigen Aktivität gegen das „ukrainische Piemont“ zwangsläufig ergeben. Auf polnischer Seite richten sich die Folgerungen dieser Außenpolitik gegen jeden Versuch, aus den Vorgängen im Karpaten-Gebiet eine innenpolitische ukrainische Aktion herzuleiten. Die Ausführungen des Lemberger Wojewoden anläßlich der Feiern am 11. November finden in diesem Zusammenhang in Warschau große Beachtung. Wojewode Bilyk hat nach Zeitungsmeldungen u. a. erklärt, daß „keine Macht stark genug sei, um das Südost-Gebiet von Polen zu trennen. Solange polnische Mütter Kinder gebären, solange werde Polen über diese Fragen nicht sprechen“. Wojewode Bilyk wandte sich dann warnend an die polnische Jugend mit dem Hinweis, daß alle unbewachten Ausritte ein Spiel mit den Grundlagen der staatlichen Existenz seien. Abschließend wies er auf die Parole der Gerechtigkeit gegenüber allen Bürgern hin und rief die Ukrainer auf, den Willen zur Zusammenarbeit mit der polnischen Nation unzweideutig zu beweisen. Es verdient in Ergänzung dieses Berichts das Gerücht verzeichnet zu werden, daß man dem Wojewoden Bilyk zur Verneinung des Grundsatzes der Gerechtigkeit an anderer Stelle der staatlichen Verwaltung Gelegenheit geben wolle, indem man seine Veretzung in ein hohes Amt der Justizverwaltung ins Auge fasse. Als Lemberger Wojewode soll, wie das „ABC“ meldet, Koftek-Biernacki ins Auge gefaßt sein.

In Ungarn gehen die Erwartungen wesentlich weiter. Der Sonderberichterstatter der „Gazeta Polska“, Smogorzewski, nimmt in seinem letzten Bericht aus Budapest seine am Tage vor dem Wiener Schiedsspruch vielleicht nicht ganz glücklich eingeleitete Aktion gegen Außenminister von Ranya wieder auf und glaubt, seinen unmittelbar bevorstehenden Rücktritt vorherzujagen zu können. Minister von Ranya habe unter Hinweis auf seine 69 Lebensjahre bereits den Reichsverweser sowie den Ministerpräsidenten von dieser Absicht unterrichtet und habe lediglich auf deren Bitte versprochen, solange auf seinem

Posten zu bleiben, bis die jetzt abgeschlossenen Verhandlungen mit den Tschechen und Slowaken beendet seien. Als Kandidaten für die Nachfolge von Ranya nennt Smogorzewski den früheren Ministerpräsidenten Daranyi, den gegenwärtigen Bukarester Gesandten Barlosy sowie den Kabinettsdirektor Graf Csaki, dem er die größten Aussichten zuspricht. Die endgültige Einverleibung der neuen Gebiete böten die beste Gelegenheit für eine derartige Umbildung des Kabinetts.

Die Lage in Karpato-Ruthenien spitzt sich nach polnischen Blättermeldungen immer mehr zu und gibt zu Befürchtungen Anlaß. Das tschechische Militär, das mit allen Mitteln versuche, Herr der Lage zu bleiben, ist durch die neue Grenzziehung von der direkten Verbindung mit den übrigen Teilen der Tschechoslowakei abgeschnitten. Aus Mangel an anderen Unterkunftsmöglichkeiten sind zudem Tausende von Eisenbahnwagen, wie aus der Karpato-Ukraine gemeldet wird, für die Unterbringung der auf 40 bis 50 000 geschätzten Flüchtlinge aus dem an Ungarn gefallenem Gebiet zur Verfügung gestellt worden, welche die Eisenbahnstrecke innerhalb des karpato-ruthenischen Gebiets völlig blockieren.

In Budapest habe aus Anlaß der polnischen Unabhängigkeitsfeier eine große Kundgebung für die gemeinsame Grenze stattgefunden. Wie der „Kurier Warszawski“ aus Prag berichtet, seien die Verhandlungen über die endgültige Form der Eingliederung der Slowakei noch immer nicht abgeschlossen. Die tschechische Parlamentskommission hat am Montag weiter mit der slowakischen Vertretung beraten, der die Minister Tetlaufki und Durczanski sowie die Abgeordneten Sidor und Sokol angehören. In den grundsätzlichen Punkten soll bereits eine Einigung erfolgt sein. Die Verhandlungen über die Einzelheiten des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen den Teilen der neuen Tschechoslowakei werden am Dienstag fortgesetzt. Das Gesamtergebnis sei noch durchaus zweifelhaft, da die Slowaken immer deutlichere separatistische Tendenzen zeigten und immer neue Forderungen stellten. Die Verhandlungen mit den Slowaken hätten eine Entwicklung genommen, die an die Verhandlungen Prag mit den Sudetendeutschen erinnere.

Deutschland wünscht die Judenauswanderung.

Eine Unterredung zwischen Reichsminister Dr. Göbbels und einem Neuterkorrespondenten.

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Göbbels gewährte dem Sonderkorrespondenten des englischen Neuterbiros, Gordon Young, eine Unterredung, in der er ausführlich die deutsche Auffassung über die Judenfrage darlegte.

Dr. Göbbels erklärte u. a.: „Das, was sich in den letzten Tagen hier in Berlin abgespielt hat, sind nur Reaktionen auf eine Infektion, die sich in den deutschen Volkskörper einschleichen wollte, meiner Ansicht nach nicht nur in den deutschen, sondern in den aller Völker in Europa und weit über Europa hinaus; Reaktionen auf eine Infektion, mit der wir Deutschen uns auseinandergesetzt haben und weiterhin auseinandersetzen müssen. Ob andere das tun, was insbesondere England in der Judenfrage tut oder läßt, ist für uns nicht von Belang und von keinerlei Einfluß auf unsere Haltung. Ebenso ist es nicht Englands Sache, wie wir in Deutschland diese Judenfrage lösen werden.“

Auf die Frage,

wie die Abgabe von 1 Milliarde Reichsmark praktisch durchgeführt werde,

antwortete der Minister: „Sie wird in Form einer Abgabe eingezogen. Das jüdische Vermögen in Deutschland beträgt, wenn ich recht orientiert bin, etwa 8 Milliarden Reichsmark. Eine Reihe von weiteren Maßnahmen sind für die nächste Zeit zu erwarten. Im wesentlichen bewegen sie sich in wirtschaftlicher Hinsicht, und zwar dahingehend, daß wir die Juden aus dem offenen wirtschaftlichen Leben entfernen wollen, damit es nicht wieder Zusammenstöße gibt, wie sie in dieser Woche vorgekommen sind. Jedesmal, wenn in der Judenfrage eine akute Situation entsteht, hält sich das deutsche Volk an den, den es fassen kann. Es ist unmöglich, daß in einem nationalsozialistischen Staat, der antisemitisch eingestellt ist, ganze Straßenzüge von jüdischen Geschäften besetzt sind. Diese Geschäfte werden allmählich in arischen Besitz übergeführt.“

Zum Teil erstrecken sich die Gesetze auch auf das kulturelle Gebiet. Wir wollen die Juden nicht kulturell vernichten; sie sollen ihre eigene Kultur pflegen. Es gibt in Deutschland einen jüdischen Kulturbund, der in Berlin Theater, Varietés usw. betreibt und über Konzertsäle und eigene Orchester verfügt. Er war vor drei Tagen geschlossen worden. Ich habe ihn wieder geöffnet. Mit anderen Worten: Wir wollen eine ganz reinliche Scheidung zwischen Deutschen und Juden. Den Juden ist auch ein eigenes Winterhilfswerk gestattet worden. Die reichen Juden können Unterstühtungen für die armen Juden geben, wir nehmen selbst keinen Pfennig von diesem Geld. Im übrigen ist man sich in der Welt im unklaren darüber, wie reich die Juden in Deutsch-

land noch sind. Das zeigen die ganzen Reihen jüdischer Geschäfte am Kurfürstendamm, in der Friedrichstraße u. a.“

Minister Young stellte dann die Frage, ob diese Gesetze das jüdische Problem in Deutschland endgültig lösen würden.

Die Antwort des Reichsministers lautete: „Das hängt vom Judentum selbst ab; davon, ob die Juden die Stellung im öffentlichen Leben einzunehmen gewillt sind, die wir ihnen zubilligen, nämlich

die Stellung einer fremden Rasse, von der wir wissen, daß sie dem deutschen Volke ablehnend gegenüber steht.“

Versuchen sie wieder, durch die Maschen der neuen Gesetze hindurchzuschlüpfen, so wird es neue Gesetze geben, damit neue Demonstrationen vermieden werden. Eine andere Möglichkeit besteht nicht.“

Zur Frage, ob sich die neuen Gesetze auch auf britische, amerikanische und andere fremde Juden beziehen, gab der Minister folgende Erklärung ab: „Britische, amerikanische und Juden anderer Nationalität sind für uns Angehörige der britischen, amerikanischen oder anderen Nationalität. Darüber, ob sie Briten sind, haben wir nicht zu entscheiden, sondern das britische Volk selbst. Also können sich auch diese Gesetze nicht auf Juden anderer Nationalität beziehen. Sie gelten für uns als Ausländer.“

Reichsminister Dr. Göbbels machte dann Ausführungen über die Zukunft der Juden in Deutschland. Er betonte u. a.,

daß keine Absicht bestehe, die Juden in bestimmte Stadtviertel zusammenzuzwängen.

Aber es seien natürlich Maßnahmen zu erwarten, um dem unmöglichen Zustand ein Ende zu machen, daß Judenfamilien mit 2-3 Köpfen in 20 und 30 Zimmern bewohnen, während angemessener Wohnraum für deutsche Volksgenossen noch fehle. Die Juden könnten ihre Geschäfte verkaufen, von ihren Renten leben oder sich nutzbringender Arbeit zuwenden. Es werde aber im Augenblick, in dem die Juden weiterhin provozieren und die Lage verschärfen, auch diese Tätigkeit eingeschränkt werden müssen.

„Ich kann nur dringendst betonen“, so erklärte der Minister, „daß die ausländischen Juden, die jetzt gegen Deutschland eine Riesenkampagne entfesseln, ihren Rassegenossen im Reich einen denkbar schlechten Dienst erweisen. Ich betone, daß wir unsere Maßnahmen nicht aus einem Rachegefühl treffen, sondern daß das eine Frage der Zweckmäßigkeit ist.“

Auf eine Frage, ob denn die Juden Deutschland verlassen könnten, da man ihnen doch die Pässe abgenommen habe, stellte der Minister fest, daß dies den Tatsachen nicht entspreche. Soweit es doch geschehen sei, würden die

Wojewodschaft Pommerellen.

Bromberg (Bhdgoficz)

15. November.

Nicht zu spät.

Hebr. 12, 12-17. Die zweite Epistel des Bußtages verstehen wir nur, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß dieser Tag sich an die Gemeinde Christi wendet...

Herabsetzung der Brotpreise. Die Stadtverwaltung hat neue Höchstpreise festgesetzt, und zwar kostet ab 16. November das Kilogramm Brot aus 65prozentigem Roggenmehl 0,28...

Mit dem Goldenen Verdienstkreuz ausgezeichnet wurden Direktor Marcin Matuzewski, der Leiter des Städtischen Amtes für Leibesezuchtigung...

Betrunkener Chauffeur verursacht Autounfall. Vor dem hiesigen Bürgergericht hatte sich der Chauffeur Stanislaw Chmielewski dafür zu verantworten, daß er am 18. September...

Ein schwerer Einbruch wurde in Lohowo bei dem Landwirt Stanislaw Pluskota verübt. Die Täter, die sich nach Eindringen einer Fensterscheibe Eingang in die Wohnung verschafft hatten...

Ein mehrfaches Dienstmädchen hatte sich vor dem Bürgergericht in der 25jährigen Jostia Permoda zu verantworten. Die Angeklagte, die hier bei Frau Jostia Gaudurka beschäftigt war...

Ein Scheck ohne Deckung hatte der 35jährige Kaufmann Leon Budzjak dem hier mohnhaften Rechtsanwalt Nowak in Zahlung gegeben.

Auf frischer Tat ertappt wurden auf dem hiesigen Bahnhofslande drei Männer, die von einem Güterwagen Kohlen stahlen.

Bei der Arbeit verunglückt ist im Hafen des Lloyd Bhdgoficz der 37jährige Arbeiter Johann Otto, Przemyslowa Nr. 31.

Die Feuerwehr wurde am Montag zweimal alarmiert. Gegen 17 Uhr war ein Brand im Hause, Thorerstraße 38, ausgebrochen.

Einbruch und Diebstahl. In der Nacht zum Sonntag drangen Einbrecher in die Wohnung von B. Rajna, Kujawka 22 ein und stahlen Herren- und Damengarderobe im Werte von etwa 400 Zloty.

Bereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Dürrerschule, Pieradzko 2. Donnerstag, den 17. November 1938, um 14,30 Uhr Besichtigung der Schule durch die Eltern.

Wichtig! Das Deutschtum schreitet geschlossen zur

Wahl der Stadtverordneten!

Daher Wählerlisten prüfen!

Letzter Termin: 16. November!

Graudenz (Grudziadz).

Ergebnisse der Sammlungen der RDP-Woche. Nach der Mitteilung des Vorstandes des RDP in Graudenz wurden während der Luftschutzwoche gesammelt...

Von einem Auto angefahren wurde am Sonntag gegen 18 Uhr in der Amtsstraße (Budkiewicza) Josef Martin, Gerechtesstraße (Szpitalna) 4...

Fahrraddiebstahl. Entwendet wurde dem Gymnasialisten Detlew Hollak, Amtsstraße (Budkiewicza) 24, aus dem Keller dieses Hauses sein 110 Zloty Wert besitzendes Fahrrad.

Von einer diebischen Kollegin bestohlen wurde das Dienstmädchen Antonina Meller, Marienwerderstraße (Wybickiego) 47. Die Täterin, die der Bestohlenen nur dem Aussehen nach bekannt ist...

Grusige Folgen einer Schlägerei. Zu einem Streit, der in Tätlichkeiten ausartet, kam es am Sonntag nachts gelegentlich eines Vergnügens im hiesigen Stadttheater.

Thorn (Torun)

Der Wasserstand der Weichsel ging von Sonntag früh bis Montag früh um 3 Zentimeter auf 1,56 Meter über Normal zurück.

In der altstädtischen evangelischen Kirche zu Thorn fand am 13. November ein Visitationsgottesdienst statt, der durch Gesänge des Kinder- und des Kirchenchors verschönt wurde.

Von einem Zuge überfahren und getötet wurde auf der Strecke Thorn-Alexandrowo-Warschau in der Nähe von Thorn-Rudak der Soldat Julian Parasiowicz.

Verkehrsunfälle. Auf dem Altstädtischen Markt in Thorn wurde am Mittwoch des 12. November der Amtsdienner Tomasz Marzewski der Wojewodschaftskommandantur der Staatspolizei durch einen Radler angefahren...

Straßenunfälle. Am Sonnabend vormittag wurde ein Bote der Wojewodschaftskommandantur der Staatspolizei, Tomasz Marzewski, beim Passieren des Rynek Staromiejski (Altstädtischer Markt) durch den Radfahrer Stefan Rawański angefahren...

Auf der Anklagebank des Bezirksgerichts in Thorn Platz nehmen mußte am 10. d. M. der Landwirt Jozef Potyrał aus M. Czyszy im Kreise Culm, dem vorgeworfen wurde, daß er als Mitglied der Bezirkswahlkommission für die Nichtbeteiligung an den Sejmwahlen agitiert...

Diebstahlskronik. Während seiner Abwesenheit am Sonntag wurden aus der Wohnung von Leon Blachowski, ul. Pulaskiego 4, zwei Anzüge im Werte von 230 Zloty gestohlen...

Fahrraddiebstahl. Den Verlust eines Fahrrades „Original“, Fabriknummer 03524 und Registriernummer P. 42155, im Werte von 170 Zloty beklagt der in der ul. Sobieskiego (Königsstraße) 68 wohnhafte Mieczyslaw Wierkowskii.

Aus dem Landkreis Thorn, 14. November. Zum Schaden des Wolestaw Frackiewicz in Rentfchau (Mieczyslawo) wurden zwei Lederschürzen im Werte von 60 Zloty gestohlen.

Dirschau (Tczew)

Der deutsche Schulverein hatte seine Mitglieder am Montag um 17 Uhr zu einer Jahreshauptversammlung eingeladen. Der 1. Vorsitzende, Fabrikbesitzer E. Riez, eröffnete die Versammlung...

Thorn.

Von der Wiege bis zur Bahre

Geburts- Tauf- Verlobungs- Hochzeits- Trauer- Anzeigen

auf Bogen und Karien. 7534 Besonders eilige Anzeigen werden innerhalb 1 Stunde zur Ablieferung gebracht. Billigste Preisstellung. Justus Wallis, Torun. Szeroka 34. Fernruf 1469.

Kirchl. Nachrichten.

Mittwoch, 16. November: Buß und Bettag * bedeutet anschließende Abendmahlsfeier. Mittw. Vorm. um 10 1/2 Uhr Gottesdienst * St. Georgenkirche. Am 9 Uhr Gottesdienst * Rudak. Nachm. 3 Uhr Gottesdienst * Neffau. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst * Grabowitz. Vorm. um 10 Uhr Gottesdienst * Ronitz (Chojnice). Evangelische Kirchengemeinde. Vorm. um 10 Uhr Predigtgottesdienst.

